

Pressemitteilung zur Mitgliederbefragung des Marburger Bundes 2010 - Auswertung für den Landesverband Bremen

Ärztinnen und Ärzte arbeiten immer noch zu lange - Ärztemangel auch in Bremer Kliniken bemerkbar - arzt spezifische Tarifverträge helfen Ärzte in Kliniken zu halten

Ergebnisse der Auswertung der Mitgliederbefragung 2010 der Ärztegewerkschaft Marburger Bund für den Landesverband Bremen im Überblick:

Die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte gibt an, dass bei ihnen die Arbeitszeithöchstgrenzen nicht eingehalten werden. Bei knapp einem Viertel (24 %) erfolgt keine ordnungsgemäße Erfassung der Arbeitszeiten. 21 % müssen 60-80 Wochenstunden im Schnitt arbeiten und überschreiten damit die vorgeschriebene Maximalgrenze. Verschärft wird dieser Verstoß noch dadurch, dass die meisten (80 %) keine Vereinbarung zur Überschreitung der im Arbeitszeitgesetz vorgesehenen normalen Wochenhöchst Arbeitszeit getroffen hatten, so dass der Arbeitgeber eigentlich nur maximal 48 Wochenstunden abverlangen darf. Die zulässigen 48 Wochenstunden wurden bei 65 % der Ärztinnen und Ärzte überschritten. Zwar haben sich gegenüber der Umfrage 2007 und auch im Vergleich zu anderen Bundesländern hinsichtlich der Überschreitung der zulässigen Höchstarbeitszeit Verbesserungen ergeben, dennoch ist die Nichteinhaltung gesetzlicher Vorgaben und tarifvertraglicher Vereinbarungen immer noch unverantwortlich gegenüber den angestellten Ärztinnen und Ärzten und deren Patienten. Erschwerend kommt hinzu, dass ein erheblicher Teil der Belastung durch Nacht- und Wochenend-Bereitschaftsdienste verursacht wird. Hinzu kommen Überstunden (60 % leisten 5-20 Überstunden pro Woche, weitere 7 % sogar mehr als 20 Stunden), die bei mindestens 18 % in keiner Weise vergütet wurden (weder Bezahlung noch Freizeit).

Die Ärztinnen und Ärzte wünschen sich selber kürzere Arbeitszeiten, sie bevorzugen eine Wochenarbeitszeit von maximal 50 Stunden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht ganz oben auf ihrer Wunschliste. Bezeichnenderweise geben 54 % an, dass an ihrem Krankenhaus keine Möglichkeit der Kinderbetreuung existiert. Da immer noch die Verschwendung ärztlicher Arbeitskraft durch bürokratische Tätigkeiten ein Problem ist (57 % verbringen 2 und mehr Stunden pro Tag mit „Verwaltungstätigkeiten“!), wundert es nicht, dass der Wunsch nach Bürokratieabbau ebenfalls vorrangig ist. Dieser Umgang mit ärztlicher Arbeitskraft weist auf deutliche Organisationsmängel hin, die trotz des sich abzeichnenden Ärztemangels und des immer wieder beklagten Kostendrucks offenbar bestehen.

Bürokratische Tätigkeiten und schlechte Arbeitsbedingungen beeinträchtigen auch die Facharztweiterbildung der jungen Ärztinnen und Ärzte, wobei Bremen im Vergleich zum Bundesgebiet hier etwas besser abschneidet (57 % können ihre Weiterbildung in der

vorgegebenen Zeit absolvieren). Daher ist auch die Verbesserung der Weiterbildung ein wichtiges Anliegen für den ärztlichen Nachwuchs.

Der sorglose Umgang mit ärztlichen Ressourcen verwundert, weil auch in Bremer Kliniken der Ärztemangel bemerkbar ist. Nur 25 % gaben an, dass in ihren Abteilungen/Kliniken alle Arztstellen besetzt sind. 22 % meldeten sogar mehr als 3 unbesetzte Arztstellen. Die Stellen sind in der überwiegenden Mehrzahl (60 %) 6 Monate und länger nicht besetzt.

53 % erwägen, ihre ärztliche Tätigkeit im Krankenhaus aufzugeben, immerhin 9 % mehr als im Bundesdurchschnitt. Aber auch in Bremen ist die Zahl der Krankenhausärztinnen und -ärzte, die dem Arbeitsplatz Krankenhaus den Rücken kehren wollen, deutlich (um 8 %) rückläufig gegenüber der Marburger-Bund-Umfrage aus 2007. Die arzt-spezifischen Tarifverträge des Marburger Bundes haben bundesweit und auch in Bremen zu einer Erhöhung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Krankenhaus geführt, das ist eine klare Aussage der Ärztinnen und Ärzte. Ein Eingriff in die Tarifautonomie der Ärztinnen und Ärzte wäre also ein völlig falsches Signal an die Klinikärztinnen und -ärzte, die ihre Arbeitsbedingungen selber regeln wollen und sich eine Bevormundung nicht mehr gefallen lassen werden.

„Wir finden den immer noch weit verbreiteten Bruch des geltenden Arbeitszeitgesetzes und der vereinbarten tariflichen Arbeitsbedingungen unverantwortlich und skandalös. Die hohe Einsatzbereitschaft der jungen Ärztinnen und Ärzte wird oftmals rücksichtslos ausgenutzt, ohne dass sie wenigstens eine strukturierte Anleitung und Weiterbildung bekommen. Viele Bereitschaftsdienste und immer noch hohe Wochenarbeitszeiten sind belastend und erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Besonders schändlich finden wir den verfassungswidrigen Versuch, den Ärztinnen und Ärzten ihr Recht auf eigene gewerkschaftliche Vertretung zu nehmen. Dies werden wir nicht hinnehmen. Wir haben als verlässliche Tarifpartner dazu beigetragen, dass es Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Klinikärztinnen und -ärzte gab, patientengefährdende Marathondienste sind inzwischen zur Ausnahme geworden. Arbeitgeber und Politiker sind gut beraten, ihre Gedankenspiele zur Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Tariffreiheit aufzugeben,“ so die Bewertung von Dr. Heidrun Gitter, 1. Vorsitzende des Marburger Bundes LV Bremen

V.i.s.d.P. Marburger Bund - LV Bremen, Schwachhauser Heerstr. 20, 28209 Bremen

Kontakt: Tel.: 0421-30 39 354, Fax 0421-30 39 355, marburger-bund-bremen@t-online.de